Mein
NEWSLETTER

Bernd Rützel

Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisabgeordneter für MSP & MIL
Betreuungsabgeordneter für WÜ & AB

Dezember 2018

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

ich selber empfinde den November als angenehmen Monat. Es ist zwar früher dunkel und vielleicht auch ein wenig trister — aber wir haben die Möglichkeit uns zu besinnen und vorzubereiten auf die doch oft hektische Adventszeit.

Wir versammeln uns auf den Ehrenfriedhöfen und Ehrenmalen um den Gefallenen zu gedenken und daran zu erinnern, dass Frieden unser höchstes Gut ist. In diesem Jahr waren es bewegende Momente um die Revolution von 1918, derer wir zum 100. mal gedenken.

Der November war aber auch geprägt von drei Sitzungswochen des Deutschen Bundestages, in denen wir viel auf den Weg gebracht haben:

Die SPD-Bundestagsfraktion hat den **Sozialen Arbeitsmarkt** in die Wege geleitet. Wir bringen dadurch Langzeitarbeitslose in Beschäftigung, die sonst nie eine Chance hätten.

Die SPD hat die Rentenformel geändert und damit für **stabile Renten** gesorgt. Es gibt keine weitere Absenkung des Rentenniveaus. Wir stellen Menschen so, als hätten sie bis zum 67. Lebensjahr gearbeitet, auch wenn sie früher in Erwerbsminderungsrente gehen müssen. Und wir verbessern Anrechnungszeiten für Erziehungsleistung.

Die SPD baut die Arbeitslosenversicherung in eine Arbeitsversicherung um und **fördert Weiterbildungen**. Wir senken den Arbeitslosenversicherungsbeitrag aber sorgen dafür, dass noch genügend Rücklagen für schlechte Zeiten zur Verfügung stehen.

Die SPD erleichtert es die **Arbeitszeit** für eine bestimmte Zeit zu **reduzieren** und es bleibt niemand mehr in der Teilzeitfalle hängen.

Die SPD sorgt dafür, dass Pilotinnen und Flugbegleiter einen **Betriebsrat** wählen dürfen und erschwert die Arbeit auf Abruf.

Das haben wir alles im November gemacht und darauf bin ich stolz.

Herzlichst Ihr/ Euer

Bernd Rützel

INHALT

2 **Neuer Vorstand im SPD-Unterbezirk MSP/MIL**

3 **Klartext: Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen**

4 **Aktuelle Gesetze**

6 **100 Jahre Freistaat Bayern**

7 **Unterwegs in Unterfranken und Berlin**

11 **Fabians Post aus den USA**

12 **Gastbeiträge unserer MdLs**

KONTAKT/IMPRESSUM

Bürgerbüro Gemünden
Obertorstraße 13
97737 Gemünden
Tel. 09351 6036563
bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

Büro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 227 73434
bernd.ruetzel@bundestag.de

www.bernd-ruetzel.de

V.i.S.d.P.: Bernd Rützel, MdB
Obertorstr. 13, 97737 Gemünden

Mein
NEWSLETTER
aus Unterfranken & Berlin

SPD-UNTERBEZIRK MAIN-SPESSART/MILTENBERG WÄHLT NEUEN VORSTAND

Danke für das große Vertrauen in meine Arbeit. Die 90 Prozent der Delegiertenstimmen beim Parteitag in Marktheidenfeld sind ein überzeugendes Ergebnis und Auftrag sowie Ansporn zugleich!

Aber nicht nur das: Die äußerst lebhafte politische Aussprache mit zahlreichen kritischen und selbstkritischen Wortbeiträgen zur Lage der SPD stimmt mich optimistisch. Ja, unsere Positionen müssen wieder klarer und deutlicher zu erkennen sein. Und Ja, ein Problem ist das Verhalten der SPD in der Groko, in der sie mehrfach Dinge gegen ihre Überzeugung mitgetragen hat.

Die Sacharbeit der SPD in der Bundesregierung hingegen wurde positiv bewertet: Rentenpaket, Gute-Kita-Gesetz und die Rückkehr zur Parität in der Krankenversicherung sind nur einige Punkte, die unmittelbar auf das Leben und den Geldbeutel der Bürger Auswirkungen haben.

Diese Erfolge für die Bürgerinnen und Bürger müssen wir offensiver kommunizieren. „Ohne die SPD in der Regierung wäre Deutschland heute viel unsozialer“, brachte es eine Delegierte auf den Punkt.

Die Versammlung wählte eine deutlich verjüngte Vorstandschaft: Von den 16 Beisitzern sind allein sieben bei den Jusos aktiv. Auch das ist ein überzeugendes Zeichen: Die SPD lebt!

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin

CHANCEN FÜR LANGZEITARBEITSLOSE

Die Lage am Arbeitsmarkt in Deutschland ist so gut wie schon lange nicht mehr. Doch noch immer sind rund 750.000 Menschen langzeitarbeitslos. Ohne Unterstützung haben viele von ihnen absehbar keine realistische Chance auf einen regulären Arbeitsplatz.

Damit finden wir uns nicht ab. Wir ebnen den Weg in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und schaffen einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt mit individuellen Unterstützungs- und Betreuungsangeboten. Dafür werden in den kommenden Jahren zusätzlich 4 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. **Alle Infos beim Klick auf's Bild.**

MITTELSTEIGERUNG FÜR JOBCENTER

Außerdem erhöht der Bund für die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen die Zuwendungen an die Jobcenter. So sieht das in der Region aus:

	2019	Steigerung gegenüber 2018
Main-Spessart	1,8 Millionen Euro	440.000 Euro
Miltenberg	2,6 Millionen Euro	560.000 Euro
Wü Stadt	5,3 Millionen Euro	1,1 Mio. Euro
Wü Land	2,6 Millionen Euro	415.000 Euro
AB Stadt	4,2 Millionen Euro	685.000 Euro
AB Land	3,7 Millionen Euro	772.000 Euro

KLR TXT

WARUM UNSER NEUES GESETZ SO WICHTIG IST

Je länger die Suche nach Arbeit erfolglos bleibt, umso schwieriger wird der Weg in Arbeit. Daher braucht es individuell ausgerichtete Unterstützung, um auch denen, die die Hoffnung auf Arbeit oft schon aufgegeben haben, eine Perspektive und neue Teilhabechancen zu eröffnen.

Neben der Schaffung eines sozialen Arbeitsmarkts in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, verbessert die Bundesregierung damit die intensive Betreuung, gute Beratung und wirksame Förderung von Langzeitarbeitslosen.

Ein entscheidendes Element bei dem Weg in dauerhafte Arbeit ist auch, dass dort, wo Tariflohn gezahlt wird, auch Tariflohn gefördert wird. Außerdem gilt selbstverständlich die Lohnuntergrenze des Mindestlohns. Es geht also nicht um 1-Euro -Jobs, sondern um echte Beschäftigung bei Unternehmen, Kommunen und Trägern.

Ich bin optimistisch, dass es uns so gelingt, Menschen aus der Arbeitslosigkeit zu holen, die anders keine Chance erhalten hätten.

Das bedeutet so viel, da Arbeit mehr ist als der Broterwerb. Sie bedeutet auch Anerkennung und soziale Teilhabe. Wenn es möglich ist, mit der eigenen Arbeit selbst für sich und die Familie zu sorgen, dann wirkt das weit über die geförderte Person hinaus. Es wirkt bis in die Familie hinein, in der Kinder vorgelebt bekommen, was Arbeit bedeutet, dass es eine gute Sache ist, etwas zu leisten und Anerkennung zu bekommen.

Alle Informationen zum Teilhabechancengesetz finden Sie auf meiner Homepage www.bernd-ruetzel.de

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin

ZULETZT BESCHLOSSENE GESETZE IM ÜBERBLICK

[Alle Informationen beim Klick auf die Kacheln]

Brückenteilzeit

Parität bei den Krankenkassenbeiträgen

Pflegepersonalstärkung

Steuerbetrug im Online-Handel

Familienentlastung

Viele Informationen nachzulesen in meiner neuen Rubrik auf meiner Homepage

Mein
NEWSLETTER
aus Unterfranken & Berlin

DER RENTENPAKT

Wer ein Leben lang gearbeitet hat, muss sich darauf verlassen können, eine ordentliche Altersvorsorge zu bekommen. Der Rentenpakt von Bundessozialminister Hubertus Heil (SPD) ist dafür ein guter Aufschlag.

Die Neuerungen auf einen Blick:

=> Festes Rentenniveau bei 48 % bis 2025

=> Begrenzung des Beitragssatzes auf 20 %

=> Die Renten steigen wieder wie die Löhne

=> Aufbau einer steuerfinanzierten Demografierücklage mit jährlich 2 Mrd. Euro

=> Die Zurechnungszeiten bei der Erwerbsminderungsrente werden erhöht

=> Ausbau der Mütterrente - Mütter und Väter bekommen für ihre vor 1992 geborenen Kinder mehr Rente

=> Beschäftigte mit geringerem Einkommen (bis zu 1.300 € monatlich) sollen stärker bei den Rentenbeiträgen entlastet werden

INFO-VERANSTALTUNG ZUR RENTE

„Wer ein Leben lang gearbeitet hat, muss sich auf eine stabile Rente im Alter verlassen können“ war der Grundtenor einer Diskussionsveranstaltung zu der ich nach Würzburg eingeladen hatte. Gemeinsam mit dem rentenpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Ralf Kapschack, sowie Josef Schott von der Deutschen Rentenversicherung Nordbayern und dem angehenden Volkswirtschaftler Alexander Mosca-Spatz diskutierte ich die Neuerungen (siehe nebenan) mit dem Rentenpakt von Bundessozialminister Hubertus Heil (SPD).

Wir sind auf dem richtigen Weg, war die einhellige Meinung - auch wenn ich mir mehr gewünscht hätte: Die Stabilisierung des Rentenniveaus bei 53 Prozent, so wie es 2002 auch schon war. Denn erst dann kann von einer lebensstandardsichernden Rente die Rede sein.

„Die private Vorsorge kann die gesetzliche Rente nicht ersetzen, auch nicht zum Teil", schloss sich Mosca-Spatz an. Es sei kein Geheimnis, dass gerade diejenigen, die privat vorsorgen könnten, es oftmals nicht bräuchten, während es für diejenigen, die es bräuchten, oftmals schlicht nicht möglich ist.

Gleichwohl funktioniere die Rentenversicherung auch nach 129 Jahren immer noch einwandfrei, was mitunter der großen Unterstützung durch die Politik geschuldet sei, lobte Josef Schott von der Rentenversicherung.

Wir bleiben dran und werden uns als weitere Schritte eine Grundrente und eine verbesserte Absicherung der Selbstständigen vornehmen.

Einen ausführlichen Bericht finden Sie hier

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin

Vor 100 Jahren rief der Sozialdemokrat **Kurt Eisner** in der Nacht **vom 7. auf den 8. November** in München den Freistaat Bayern aus.

Während der bayerische Ministerpräsident beim Staatsakt zum 100. Geburtstag unseres Freistaates im Nationaltheater den maßgeblichen Initiator für die Gründung des Freistaates Bayern komplett aussparte und nicht einmal beim Namen nannte, hatte ich die Ehre bei zwei traditionsreichen Veranstaltungen zu diesem Jubiläum dabei zu sein.

Zum 12. Mal hatten die bayerischen SPD-Bundestagsabgeordneten zur Freistaatsfeier eingeladen, um bei Bier, Brotzeit und bayerischem Kulturprogramm zu feiern. Ein toller Auftritt des Kabarettisten Willy Astor begeisterte die Festgäste.

Dankbar bin ich auch der SPD Erlenbach: Seit 2005 wird diesem geschichtsträchtigen und zukunftsweisenden Tag Bayerns mit einer Feierstunde gedacht.

100 JAHRE AUSRUFUNG DER REPUBLIK

Wenige Tage nach der bayerischen Freistaatsgründung rief der SPD-Politiker Phillip Scheidemann in Berlin die Republik aus. Seine Proklamation am 9. November führte dazu, dass das Deutsche Reich von einer Monarchie zu einer parlamentarisch-demokratischen Republik wurde. Viele Errungenschaften der Revolution halten wir heute für selbstverständlich: das allgemeine und gleiche Wahlrecht—erstmals auch für Frauen, der Achtstundentag, die Tarifpartnerschaft oder auch die Mitbestimmung durch Betriebsräte.

100 JAHRE FRAUENWAHLRECHT

Am 12. November 1918 verkündete die Revolutionsregierung aus SPD und USPD (Rat der Volksbeauftragten) das Wahlrecht für Frauen. Es war ein langer Weg bis dahin. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts kämpften Frauen für dieses Recht. Im Januar 1919 waren bei der Wahl zur verfassungsgebenden Nationalversammlung Frauen dann zum ersten Mal an den Wahlen beteiligt.

Mein
NEWSLETTER
aus Unterfranken & Berlin

BETRIEBSRÄTE FÜR FLUGPERSONAL

Wir stehen an der Seite der Angestellten im Flugverkehr.

Aktuell gibt es für Flugpersonal keine Betriebsräte. Sie dürfen nach geltendem Arbeitsrecht eine Interessenvertretung nur gründen, wenn sich die Tarifparteien darauf einigen. Klar: 1952 war das kein Thema. Es gab noch keine deutschen Fluggesellschaften und im Jahr flogen so viele Menschen wie heute in zwei Monaten bei einer ganz kleinen Airline.

Heute ist es komplett anders und gerade Billigairlines nutzen die Lücke im Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG), um Druck auf ihre Beschäftigten auszuüben.

Deshalb ändern wir nach langen Verhandlungen mit unserem Koalitionspartner den § 117 des BetrVG. Auch bei fehlenden Tarifverträgen wird es künftig möglich sein, dass Betriebsräte gebildet werden. Eine gute Sache, nicht nur für Pilotinnen und Piloten und die Flugbegleiterinnen und Flugbegleiter.

MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT WELTWEIT

Weltläden aus Hettstadt, Mömlingen und Gemünden hatten mir Unterschriftenlisten übergeben, in denen verbindliche menschenrechtliche Sorgfaltspflichten für deutsche Unternehmen gefordert werden. Ich unterstütze diese Forderung.

In dieser Woche habe ich die Unterschriftenlisten der Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung, der bayerischen SPD-Abgeordneten Bärbel Kofler, übergeben.

Als Arbeitsmarktpolitiker setze ich mich besonders für faire Arbeitsbedingungen hierzulande ein. Die Bedeutung dieses Themas endet aber nicht an Landesgrenzen. Der Schutz von Mensch und Umwelt muss weltweit gelten. Hier stehen wir alle in der Mitverantwortung: Politik, Verbraucherinnen und Verbraucher, aber auch der Handel.

Auch die Menschenrechtsbeauftragte Kofler unterstützt das Anliegen der Weltläden. Sie wird sich weiter innerhalb der Bundesregierung und nach außen für die Umsetzung einsetzen. Sie verweist außerdem auf den Nationalen Aktionsplan der Bundesregierung zur Umsetzung der **VN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte** aus dem Jahr 2016. Bärbel Kofler wird sich in den nächsten Tagen auch selber an die Weltläden wenden, deren Unterschriftenlisten sie von mir erhalten hat.

Mein
NEWSLETTER
aus Unterfranken & Berlin

GEWERKSCHAFTSJUNIOR ZU GAST

Die SPD-Bundestagsfraktion lädt jedes Jahr junge Gewerkschaftsmitglieder für eine Woche in den Bundestag ein.

In diesem Jahr durfte ich Andre Fleck begrüßen, ver.di-Mitglied und Fachinformatiker bei der WVV, der Würzburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft. Der 25-Jährige ist seit April dieses Jahres im Betriebsrat der WVV.

Ziel der Woche der Gewerkschaftsjunioren ist es, jungen, politisch aktiven Menschen einen Einblick in die Bundespolitik zu gewähren. Darüber hinaus dient die gemeinsame Woche auch der Vernetzung zwischen Gewerkschaft und Politik. Auf diesem Weg sollen Probleme in Betrieben oder Gewerkschaften nach oben kommuniziert werden.

Auf dem Programm standen spannende Punkte wie Anhörungen zu geplanten Gesetzen (z.B. Rente sowie Teilhabechancen für Langzeitarbeitslose), ein Treffen mit der Landesgruppe der bayerischen SPD-Abgeordneten und ein Gespräch mit der SPD-Bundesvorsitzenden Andrea Nahles.

Highlight der Woche war das Treffen mit Arbeitsminister Hubertus Heil. Die Diskussion zwischen den jungen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern und dem Arbeitsminister über Themen wie z.B. den Mindestlohn waren höchst interessant und konstruktiv.

Dass sich SPD und Gewerkschaften aufeinander beziehen und immer wieder absprechen, liegt in der Natur in der Sache. Beide kämpfen Seite an Seite für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Mal eine Stunde keine Politik. Gemeinsam besuchten wir die Ausstellungseröffnung im Reichstag zu 100 Jahre Ende des 1. Weltkrieges.

Auch Andre Fleck war von der Woche ganz angetan: „Ich bedanke mich ganz herzlich bei DGB und SPD für die spannende Woche und das vollgepackte Programm. Die Blicke hinter die Kulissen der Arbeit eines Bundestagsabgeordneten und die vielen Treffen mit hochkarätigen Politikerinnen und Politikern waren eine spannende Erfahrung, die ich nicht missen möchte!“

UNTER EISENBAHNERN

Der Berufsverband Führungskräfte deutscher Bahnen war zu Besuch bei Martin Burkert und mir im Reichstag. Auch bei den Ruheständlern ist noch extrem viel Sachverstand vorhanden.

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin

150 JAHRE SPD WÜRZBURG

Auf eineinhalb Jahrhunderte Sozialdemokratie können die Würzburg Genossinnen und Genossen mittlerweile zurück blicken. Eine gute Gelegenheit, um an die stolze Geschichte unserer Partei, an Kämpfe um Freiheit, Bürgerrechte, menschenwürdige Arbeitsbedingungen und die Verteidigung der Demokratie gegen die Nationalsozialisten zu erinnern.

All das machten die beiden Festredner, die SPD-Landesvorsitzende Natascha Kohnen und der stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende Ralf Stegner in kämpferischen Wortbeiträgen deutlich und blickten dabei auch nach vorne: Die SPD wird nach wie vor gebraucht!

AKTIONSTAG GEGEN GEWALT AN FRAUEN

Die Zahlen machen betroffen: Alle fünf Minuten wird in Deutschland eine Frau misshandelt, gestalkt oder bedroht. Alle fünf Minuten! Die meisten Taten finden im direkten häuslichen Umfeld statt - quer durch alle Schichten.

Der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen (25.11.) macht deutlich, dass wir all unsere Kraft für den Schutz von Betroffenen bündeln müssen.

Ich freue mich, dass Franziska Giffey den Opferschutz durch ein Aktionsprogramm gegen Gewalt an Frauen stärken wird. Die Arbeit der Frauenhäuser werden wir finanziell stärken und für alle Betroffenen den Zugang sicherstellen. Mit einem Runden Tisch ziehen Bund, Ländern und Kommunen dabei an einem Strang.

Besonders wichtig ist auch das Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen, mit dem Betroffene anonym, kostenlos und in 17 Sprachen unterstützt werden. Jeden Tag und rund um die Uhr werden am Telefon Wege aus der Gewalt aufgezeigt.

BASISKONGRESS SPD-UB SCHWEINFURT-KITZINGEN

Volles Haus, große Beteiligung sowie lebhafte und kritische Diskussionen gab es beim Basiskongress des SPD-Unterbezirks Schweinfurt-Kitzingen mit dem Generalsekretär der BayernSPD Uli Grötsch und der stellvertretenden Landesvorsitzenden Marietta Eder.

Mein
NEWSLETTER
aus Unterfranken & Berlin

BUNDESWEITER VORLESETAG

Was machen drei Pinguine und eine Taube, die der Sintflut entkommen wollen? Sie verabreden sich: "An der Arche um Acht".

Aus dem gleichnamigen mehrfach ausgezeichneten Kinderbuch von Ulrich Hub las ich zum diesjährigen bundesweiten Vorlesetag an den Grundschulen in Steinfeld und Aura vor. Nicht nur die Kinder hatten ihren Spaß an dieser etwas anderen Arche-Noah-Geschichte aus der Perspektive dreier Pinguine. Auch mir gefällt die witzige und mitunter freche Art und Weise der Erzählung, die gleichzeitig ganz unbeschwert große Lebensfragen thematisiert.

Vorlesen ist die wichtigste Grundlage für die Bildung unserer Kinder, wie wissenschaftliche Studien zeigen. Und es macht einfach Freude, während des Vorlesens in die neugierigen Gesichter zu schauen. Zugleich belegen Studien, dass 55 Prozent aller Eltern ihren Kindern in den ersten zwölf Monaten nicht regelmäßig vorlesen. In 28 Prozent der Familien ist das sogar innerhalb der ersten drei Jahre nicht der Fall. Die Vorzüge des regelmäßigen Vorlesens müssen noch bekannter werden, deshalb beteilige ich mich gerne und auch weiterhin an der Aktion.

5-JÄHRIGES BÜROJUBILÄUM MIT XXL-SPRECHSTUNDE GEFEIERT

Es kommt mir vor wie gestern, als wir mein Bürgerbüro in Gemünden eröffnet haben und die Menschen zu ersten Gesprächen gekommen sind. Dabei sind es jetzt schon fünf Jahre!

Seither konnte ich unzählige Gäste zu Sprechstunden, Gesprächsrunden oder auch einfach zum lockeren Austausch in meinem Wahlkreisbüro empfangen. Die Tür ist immer offen. Auch wenn ich nicht da bin, können sich die Menschen darauf verlassen, dass sie eine Rückmeldung auf ihre Anliegen bekommen.

Zum fünfjährigen Jubiläum meines Wahlkreisbüros hatte ich mir auch heuer wieder extra viel Zeit genommen und zu einer XXL-Bürgersprechstunde eingeladen. Und das Angebot wurde, wie auch bei allen anderen Sprechstunden, von der Bevölkerung gerne angenommen: Über ein Dutzend Menschen kamen mit den unterschiedlichsten Themen.

Einen ausführlichen Bericht finden Sie hier

Mein
NEWSLETTER
aus Unterfranken & Berlin

FABIANS POST AUS DEN USA

Ein Jahr in den USA leben, studieren und arbeiten – das ermöglicht das Parlamentarische Patenschaftsprogramm (PPP). Auf meine Einladung mit dabei: Fabian Haas aus Neunkirchen-Richelbach, Lkr. Miltenberg. Hier sein aktueller Bericht:

Mit Freiwilligen seiner Austauschorganisation AFS informierte Fabian an einem Stand über Auslandsaufenthalte und Stipendien.

Am Tag der Midterm-Elections am 06. November hat jeder meiner Lehrer uns mindestens zweimal gefragt, wer denn schon 18 Jahre alt ist und ob diese Leute denn auch wählen gehen. Alle haben uns daran erinnert, wie wichtig es ist, die Stimme zu nutzen und mein Geschichtslehrer sprach davon, der Pflicht als Bürger der Vereinigten Staaten gerecht zu werden und wählen zu gehen.

Am Tag nach den Midterm-Elections habe ich dann relativ schnell festgestellt, dass sich vor allem Leute in meinem Alter, oder sogar jünger schon eine feste politische Meinung gebildet haben. Viele sind enttäuscht darüber, dass sich hier in Texas der Republikaner Ted Cruz gegen den Demokraten Beto O'Rourke durchgesetzt, und somit seinen Senatssitz verteidigt hat. Sie können nicht verstehen, wieso sich so viele gegen den Demokraten entschieden haben und waren von den Ergebnissen wirklich überrascht.

Meine Psychologielehrerin hat auch nach den Wahlen noch einmal betont, dass Menschen für unser heutiges Wahlrecht gekämpft haben, und dass es nicht immer so selbstverständlich war, dass jeder US Bürger wählen darf. Dadurch, dass es nun erstmals zwei muslimische Frauen in den US Kongress geschafft haben, zeigt sich auch, dass sich Politik ständig ändern kann.

On the day of the midterm-elections on November 6th, every teacher asked us at least twice if we are already 18 and if those people go voting. Everyone reminded us, that it's important, to use our vote and my US history teacher told us, that we have to meet our responsibility as a citizen of the US and that we have to go voting.

On the day after the midterm-elections I quickly realized, that especially teenagers in my age, or even younger already have their own political opinion and attitude. Many are disappointed, that the Republican Ted Cruz defeated the Democrat Beto O´Rourke here in Texas and that he defended his senate seat. They can´t understand, why so many people decided not to vote for the Democrat and they were very surprised about the results.

My psychology teacher told us even after the elections, that there were people who fought for our right to vote and that it hasn´t always been naturalness that every US citizen is able to vote. There are also two Muslim women in the congress for the first time and that shows, that politics is constantly changing.

Mein
NEWSLETTER
aus Unterfranken & Berlin

GASTBEITRÄGE UNSERER MdLs

Martina Fehlner

Forstpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion

Abgeordnete für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost, Main-Spessart und Miltenberg

Frauenhäuser in Bayern brauchen mehr Geld - Staatsregierung lässt hilfesuchende Frauen weiter im Stich

Liebe Leserinnen und Leser,

nach meiner Wiederwahl in den Bayerischen Landtag haben mich ganz viele Glückwünsche erreicht. Per Post, per E-Mail, über Facebook oder telefonisch. Über jeden einzelnen habe ich mich riesig gefreut und möchte allen Absendern auch auf diesem Wege nochmals ganz herzlich Danke sagen.

Auch wenn die Arbeit im neuen Landtag für unsere kleiner gewordene Fraktion nicht gerade einfach werden wird, werde ich mich mit ganzer Kraft dafür einsetzen, die Erwartungen, die meine Wählerinnen und Wähler mit ihrer Stimmabgabe für mich verbunden haben, zu erfüllen. Auch freue ich mich auf die Fortführung meiner Arbeit im Wahlkreis und die Begegnungen und Gespräche mit den Menschen, die hier leben, arbeiten, wohnen, ihre Freizeit verbringen, Feste feiern und für ein gutes Miteinander und Füreinander eintreten.

Dazu gehört auch, dass wir uns engagiert um die Menschen kümmern, die dringend unsere Unterstützung benötigen, z.B. die Frauen, die auf den Schutz von Frauenhäusern angewiesen sind.

Angesichts der aktuellen Bundeszahlen von 140.000 Fällen von Gewalt gegen Frauen pro Jahr fordern wir mehr finanzielle Unterstützung vom Freistaat. Jede zweite Hilfe suchende Frau in Bayern muss derzeit von den Frauenhäusern wegen Platzmangel abgewiesen werden. Das geht nicht, das ist nicht akzeptabel. Die Frauen und ihre Kinder haben ein Anrecht auf die Unterstützung durch unseren Staat. Derzeit gibt es in Bayern lediglich 40 kommunale Frauenhäuser. Das ist nicht einmal eines pro Landkreis. Deshalb fordern wir ein flächendeckendes Angebot. Und die Kommunen dürfen bei der Finanzierung vom Freistaat nicht länger allein gelassen werden.

Martina Fehlner mit ihren Landtagskolleginnen Dr. Simone Strohmayr und Ruth Müller beim Informationsgespräch mit Tanja Draudt, Leiterin des AWO-Frauenhauses Aschaffenburg

Unsere Bundesfrauenministerin Franziska Giffey hat aktuell mitgeteilt, dass im Schnitt jeden Tag ein Mann in Deutschland versucht, seine Partnerin oder Ex-Partnerin zu töten. In 147 tragischen Fällen ist das im vergangenen Jahr Realität geworden, wie aus Zahlen des Bundeskriminalamts hervorgeht. Dazu kommen tausende Fälle von Vergewaltigungen, Körperverletzungen, Stalking und sexueller Nötigung. Giffey will deshalb 35 Millionen Euro für ein Aktionsprogramm gegen Gewalt an Frauen zur Verfügung stellen. Der Bund geht also mit gutem Beispiel voran, der Freistaat sollte ihm folgen. Und das möglichst umgehend.

Ihre Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604
buergerbuero@martina-fehlner.de

Mein
NEWSLETTER
aus Unterfranken & Berlin

GASTBEITRÄGE UNSERER MdLs

Volkmar Halbleib

Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion

Stellv. Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion

Kulturpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion

Abgeordneter für WÜ-Land

Betreuungsabgeordneter für WÜ-Stadt, Stadt und Landkreis Schweinfurt sowie die Landkreise Bad Kissingen, Haßberge, Kitzingen, Rhön-Grabfeld

Weiter mit ganzer Kraft zum Wohl Unterfrankens und seiner Menschen

Liebe Leserinnen und Leser,

trotz herber Verluste bei der Wahl am 14. Oktober darf ich meine Arbeit im Bayerischen Landtag fortsetzen. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Als einer von zwei unterfränkischen SPD-Abgeordneten will ich weiter mit ganzer Kraft zum Wohl der Menschen in Unterfranken arbeiten und dabei auch denjenigen Antworten geben, die sich diesmal mit der SPD schwergetan haben. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir als soziale Kraft gebraucht werden. – Mein Motto ist weiterhin: Mit Leistung und Leidenschaft im Landtag, die Zukunft im Blick und Mainfranken im Herzen.

Deshalb freue ich mich, dass ich künftig dem Ausschuss Wissenschaft und Kunst angehöre und kulturpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion wurde. Der Ausschuss beschäftigt sich mit wichtigen Zukunftsthemen - eine gute Position, um einen Beitrag zur Stärkung der Region zu leisten. Das ist nach dem Ausscheiden von Landtagspräsidentin Barbara Stamm, Oliver Jörg (beide CSU) und Georg Rosenthal (SPD) auch dringend notwendig. Bei der Universität Würzburg geht es um die langfristige Sicherung und Entwicklung ihrer Attraktivität für Studierende, Lehrende und Forschende als größter regionaler Arbeitgeber und mit Ausstrahlung auf die wirtschaftliche Entwicklung in ganz Unterfranken.

Auch die außeruniversitären Forschungseinrichtungen brauchen mehr Unterstützung aus München, während bei der Uniklinik notwendige Zukunftsentscheidungen anstehen, wie etwa die Sicherung des künftigen Klinikstandortes, oberhalb von ZIM und ZOM. Aber auch die Entwicklung der Hochschulen für angewandte Wissenschaften in Würzburg, Schweinfurt und Aschaffenburg liegen mir am Herzen. Hier gilt es Schritt zu halten mit der technologischen Entwicklung und der Digitalisierung.

Im Kreis des neuen Fraktionsvorstandes

Als kulturpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion kümmere ich mich um die kulturelle Entwicklung in Mainfranken, von der Kultur- und Kunstförderung bis hin zu Museen, Bibliotheken und Denkmalschutz. Dabei liegt mir sehr viel an der Zusammenarbeit mit den Haupt- und Ehrenamtlichen in der Kulturarbeit.

Ich freue mich auf die Arbeit für Unterfranken und seine Menschen. Dabei hilft es, bayernweit Vertrauen zu genießen. So hat mich meine SPD-Fraktion vor kurzem wieder zum Stellvertretenden Vorsitzenden und Parlamentarischen Geschäftsführer gewählt. In der Sacharbeit gilt es jetzt, viele Herausforderungen gemeinsam anzupacken!

Ihr/Euer Volkmar Halbleib, MdL

Bürgerbüro Volkmar Halbleib, MdL
Semmelstraße 46, 97070 Würzburg
Tel: 0931 59384 | Fax: 0931 53030
buergerbuero-halbleib@t-online.de